

## Drohgebärden gegen die Opposition

Auf die wachsende Unterstützung für die Oppositionsparteien in der Bevölkerung, angestachelt von der *reformasi* Bewegung reagiert die Barisan Nasional (Nationale Front) Regierung, mit massiven Einschüchterungsversuchen. Trotz ihrer Kontrolle der Hauptmedien, hat der Zuwachs von alternativen Medien, einschließlich der Zeitung von Parti Islam (PAS) und dem Internet, zur größeren Verbreitung von Dissens beigetragen. Die Auflage der zwei wöchentlich in malaiischer Sprache erscheinenden Zeitung *Harakah* von PAS [<http://www.jaring.my/pas>] ist auf über 300.000 angestiegen, obgleich nach dem Gesetz sie nur für Parteimitglieder zugelassen ist. Die Überfülle von *reformasi* und anderen Internet-Seiten [[http://members.tripod.com/%7ereformasi\\_malaysia](http://members.tripod.com/%7ereformasi_malaysia)] sowie ihre Popularität haben zur Folge, daß sehr viel mehr Menschen Zugang zu anderen Standpunkten erhalten.

Regierungssprecher beziehen sich daher immer wieder auf diese Internet-Seiten als Verbreiter von Lügen und Haß. Die Jugendorganisation der malaiischen Regierungspartei UMNO hat Gesetzesmaßnahmen dagegen gefordert und sogar die Anwendung des Gesetzes zur Inneren Sicherheit (ISA) gegen die Opposition verlangt. Das Innenministerium hat offiziell *Harakah* gewarnt, sie sei »auführerisch, verleumderisch und nehme einen gefährlichen Kurs«, und wurde daran erinnert, sie könne nur an Parteimitglieder verteilt werden. Die Generalstaatsanwaltschaft hat eine umstrittene Erklärung herausgegeben, in der sie mitteilte, daß jeder, der die Staatsanwaltschaft als einseitig bezeichnet, mit einer Anklage nach dem Gesetz gegen Aufruhr rechnen muß.

Ferner hat UMNO nach dem Vorbild von Singapur einen Rechtsausschuß eingerichtet, der rechtliche Maßnahmen gegen Leute einleiten soll, die »falsche« Beschuldigungen machen. Dieses auf Verleumdungsprozesse setzende Vorgehen, um mit abweichenden Meinungen umzugehen, beunruhigt angesichts der offen-

sichtlichen Mängel im Rechtssystem führende Oppositionelle. »Megaprozesse« sind bereits Realität: Es gibt über 10 Schadenersatzklagen mit einem jeweiligen Streitwert von mehreren Millionen Malaysischen Dollar gegen Kritiker von Politikern, Familien von Politikern und Wirtschaftsbossen, die der Regierung nahe stehen und die in dem Prozeß um Anwar Ibrahim verwickelt sind.

So hat beispielsweise der Minister für Binnenhandel und Verbraucherangelegenheiten, Mega Junid Megat Ayub, eine Schadenersatzklage von 10 Mio. M\$ gegen den Sprecher der Partei *Parti Keadilan Negara*, Ruslan Kassim, eingeleitet wegen dessen Äußerungen in einer politischen Rede. Ebenso verklagte der ehemalige Ministerpräsident des Bundesstaates Malakka, Thamby Cik, die gleiche Person und das *Time Magazine* auf 70 Mio. M\$. Der Sohn des Premierministers Mahathir, Mirzan, hat mehrere Verleumdungsklagen mit der Forderung auf Schadenersatz angestrengt, so gegen das *Asian Wall Street Journal* (200 Mio. M\$), *China Press* (200 Mio.) und gegen die chinesischen Zeitungen *Sin Chew Jit Poh*, *Guang-Ming Ribao* und andere (zusammen 550 Mio.), wegen der Wiederholung von Behauptungen, er profitiere persönlich davon, daß er der Sohn des Premierministers sei.

Vincent Tan, Vorstandsvorsitzender der einflußreichen *Berjaya*-Gruppe verklagt den Wirtschaftswissenschaftler Jomo Sundram, Professor an der University Malaya, wie *Dow Jones Publishing Company* (Asia) Inc. und drei weitere auf 250 Mio. M\$ Schadenersatz wegen eines im letzten Jahr in dem *Asian Wall Street Journal* erschienenen Artikels. Er behauptet, der Artikel hätte ihn verleumdet, weil er implizierte, daß er auf unberechtigte Weise Verträge und bevorzugte Behandlung von der Regierung erhalten habe. Ferner behauptete der Artikel, die Regierung neige dazu, ihm aus seinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu seinen Gunsten und zu Lasten der Öffentlichkeit herauszuhelfen.

Auch Persönlichkeiten der Opposition arbeiten mit dem gleichen Mittel. Anwar Ibrahim selbst hat eine Verleumdungsklage mit einer Schadenersatzforderung von 100 Mio. M\$ gegen Mahathir und die Zeitung *Sun* wegen Äußerungen, die der Premierminister im letzten Jahr über Anwars Verhalten und Schuld gemacht hat, eingereicht. Lim Kit Siang, Führer der Oppositionspartei *DAP*, verklagte die malaiische Tageszeitung *Utusan Melayu* auf 250 Mio. M\$ und die englische *New Straits Times* auf 500 Mio. M\$ Schadenersatz wegen Falschdarstellung und Verleumdung.

Gegen Nicht-Regierungsorganisationen (NRO), insbesondere seit den Protesten nach der Verurteilung von Anwar Ibrahim, wird nun auch verschärft vorgegangen. NRO wie die Menschenrechtsorganisation *SUARAM* und *Tenaganita* wurden im Fernsehen und von den großen Tageszeitungen als Organisationen gebrandmarkt, die gegen die nationalen Interessen handelten. Regierungssprecher haben erklärt, daß Ergänzungen zu den Gesetzen, die NRO behandeln (wovon einige als Firma operieren), im Juli dem Parlament vorgelegt würden: »Einige NRO, die sich als Gewerbe oder Gesellschaft haben registrieren lassen, sind umfassend

# nachrichten

in soziale und politische Aktivitäten involviert und besonders stark. ... Nach genauen Untersuchungen konnten wir feststellen, daß fünf oder sechs halb politisch und halb soziale Körperschaften als Gewerbebetriebe registriert wurden und zwei oder drei für Menschenrechte eintretende Organisationen als Gesellschaften. ... Einige der NRO haben an Straßendemonstrationen teilgenommen und haben gegen die Regierung agitiert. Es besteht die Möglichkeit, daß diese Aktivitäten vom Ausland finanziert werden.« Auf die Nachfrage, daß bei einer Gesetzesänderung mit Protesten der NRO zu rechnen sei, sagte er: »Wir können nicht an die Rechte der Individuen denken wie in westlichen Ländern. Wir sind östlich und bewerten die Rechte der Gesellschaft als ganzes höher als die des Individuums.«

vgl. *Star* 21.2., 2., 6., 29., 30. 4., 11.5. 99; *Presseerklärung* von *SUARAM* v. 6.5.99

## Bakun und andere Dämme

Eine Fact Finding Mission (FFM) die von einer Koalition von Nicht-Regierungsorganisationen eingesetzt worden war, berichtete, daß die Umsiedlungsmaßnahmen im Zuge des Bakun Wasserkraftprojektes in Sarawak ein Scherbenhaufen sei. Über 9.000 einheimische Menschen sollen bis zum August in ein Gebiet umgesiedelt werden, welches die FFM als schlecht geplant und gebaut bezeichnet und wo die Gemeinschaftsidentität und Zukunft der Menschen zerstört wird. Die Mehrheit wurde bereits zum Umzug gezwungen, obgleich das Projekt vorerst gestoppt wurde. Viele sind sehr unglücklich mit ihren neuen Häusern, ihrer Landzuteilung, den Kompensationen und dem Lebensstil. Die FFM

fordert eine unabhängige Untersuchung des gesamten Projektes und eine unabhängige Prüfung aller Verträge mit ihren Konsequenzen.

Auf der malaysischen Halbinsel entwickelt sich eine starke Kampagne gegen den geplanten Bau des Semenyih Damms, welche Bedenken vorbringt hinsichtlich der davon betroffenen Ureinwohner, der Auswirkungen auf die Umwelt und der Notwendigkeit. Die Landesregierung macht der Kampagne keine großen Hoffnungen, indem sie schon vor Fertigstellung irgendeiner Umweltverträglichkeitsstudie ankündigt, daß sie das Projekt durchführen wird.

vgl. *FFM Presseerklärung* 15.5.99; *Star* 9.3.99

# nachrichten

## HIV

In Malaysia wurden 28.541 Menschen seit Entdeckung des ersten Falls vor 12 Jahren mit HIV infiziert. Bei 2.354 ist Aids ausgebrochen und 1.811 sind daran gestorben. Jeden Monat werden durchschnittlich 385 neue Fälle gemeldet. vgl. *Star* 23.3.99

## Entwicklung der Wirtschaft

Ähnlich wie andere südostasiatische Länder scheint auch Malaysia sich wirtschaftlich wieder zu erholen. Zunehmende Investitionen haben Malaysias Stellung verbessert. So bewertete Moody Malaysia nun als stabil gegenüber einer vorangegangenen negativen Einschätzung. Die Wirtschaft wird gegenüber 1998 wahrscheinlich um 1 % wachsen, und Mahathir hat für 2000 ein Wachstum von 5 % vorausgesagt. Der Handel an der

Die Veröffentlichung eines Buches mit dem einfachen Titel »Shit« von dem nationalen Preisträger Shahnon Ahmad macht Furore. Shahnon, bekannt als Sympathisant von der Parti Islam (PAS), beschreibt auf über 200 Seiten in malaischer Sprache detailliert Körperfunktionen in einer kaum verschleierte politischen Satire, die unmittelbar Mahathir miteinbezieht. Die Regierung hat Forderungen nach einem Verbot des Buches widerstanden und konzentrierte sich stattdessen darauf, PAS dafür zu verspotten, das sie das Buch und die Sprache verteidigen, welche Regierungsanhänger als Beleidigung der Malaien bezeichnen. vgl. *Star* 13.5.99

Börse in Kuala Lumpur boomt, jedoch behaupten einige, daß es sich hierbei um Manipulationen durch den Einsatz von Institutionen unter staatlicher Kontrolle, wie dem Rentenfonds, für die Vorwahlzeit handele. Verschiedene regionale und internationale Foren haben Malaysia für den erfolgreichen Einsatz von Kapitalkontrollmaßnahmen und Bemühungen, den Finanzsektor zu rationalisieren, beglückwünscht. vgl. *AW* 30.4.99, *NST* 25.5.99

## Shit *Rahim Noor und Anwars blaues Auge*

Der ehemalige Polizeichef, Generalinspekteur der Polizei Abdul Rahim Noor, ist nun offiziell wegen schwerer Körperverletzung an dem ehemaligen stellvertretenden Premierminister, Anwar Ibrahim, als dieser im letzten September in Polizeigewahrsam gehalten wurde, angeklagt. Der ehemalige Generalinspekteur muß mit einer Gefängnisstrafe von 3 ½ Jahren und einer Geldstrafe rechnen. Untersuchungen, die schließlich in dem Bericht eines Königlichen Untersuchungsausschusses mündeten, waren

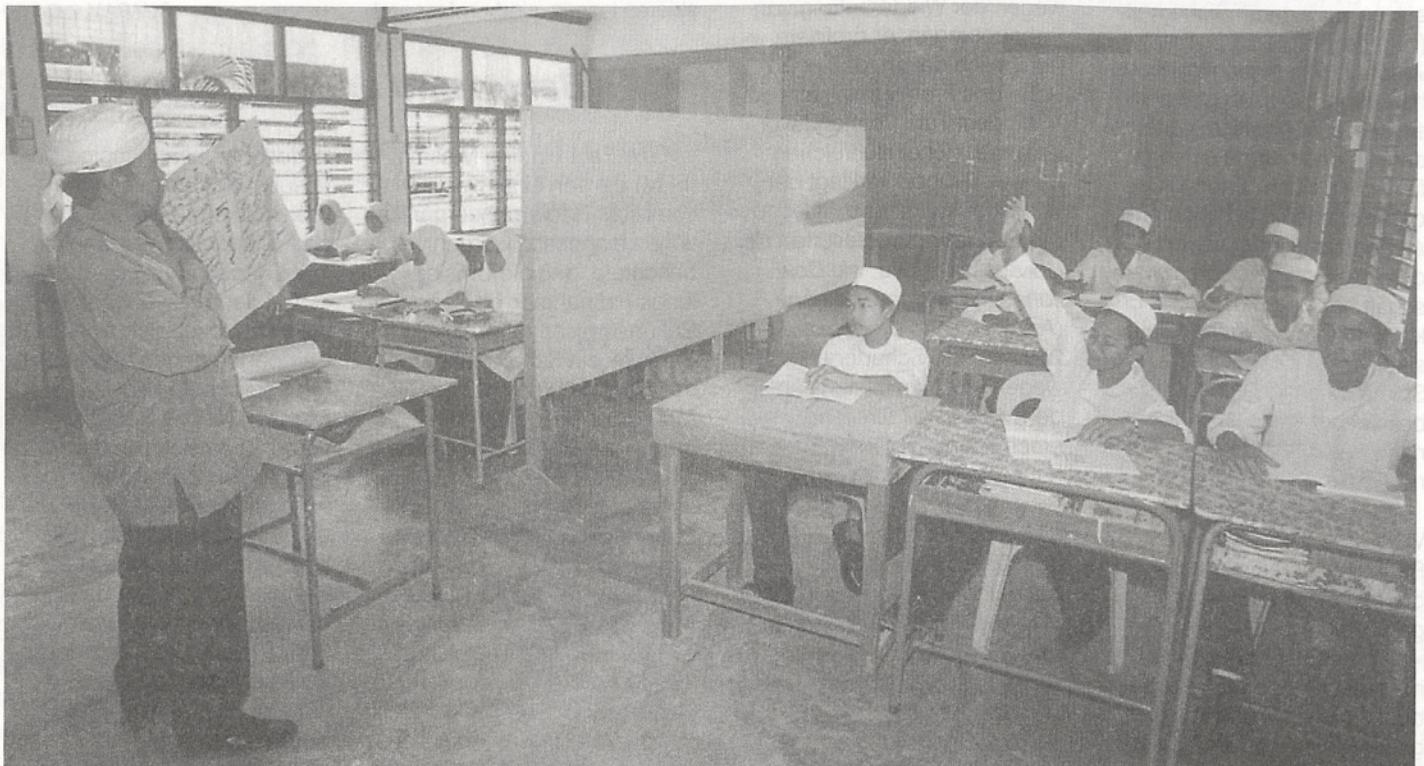
erfolgt, nachdem Anwar mit einem deutlichen blauen Auge vor Gericht erschien, ein Bild, das durch die Welt ging. Premierminister Mahathir hatte seinerzeit dazu öffentlich erklärt, es könnte sich dabei ja um eine selbstverursachte Verletzung handeln, um in der Öffentlichkeit als Märtyrer dazustehen. Es wurde keine andere Person angeklagt. Rahim Noor wurde bis zur Hauptverhandlung ohne Kaution auf freien Fuß gesetzt.

vgl. *ALIR* Vol. 19, Nr. 4, Mai 99

## Plantagenarbeiter

Der Marsch von 2.000 Plantagenarbeitern zum Parlament in Kuala Lumpur, die beleidigende Bemerkung eines Ministers und die anstehenden nächsten Wahlen haben dazu geführt, daß die Arbeitsbedingungen von Plantagenarbeitern allgemeine Aufmerksamkeit erfuhren. Die Hauptforderungen der Arbeiter sind Monatslöhne und angemessene Alternativen — insbesondere für Werkwohnungen — wenn Plantagen verkauft oder Arbeiter entlassen werden. Plantagenarbeiter werden nach Akkord entlohnt, was bedeutet,

daß viele von ihnen heute schlechter dran sind als vor 30 Jahren, als ihre Löhne auch schon niedrig waren. Lim Keng Yaik, Minister für Grundstoffe, sagte in einer Parlamentsdebatte, daß keine monatlichen Löhne gezahlt werden könnten, »denn wir wissen nicht was ein Arbeiter hinter den Bäumen macht.« Auf den Aufschrei, den diese Äußerung verursachte, haben andere führende Barisan Politiker zu dem Versprechen bewegt, daß »das Problem gelöst werden wird«. Viele Arbeiter aber bleiben weiterhin skeptisch. vgl. *Star* 25.5.99



Unterricht nach Geschlechtern getrennt im islamischen Bundesstaat Kelantan

## Nipah Virus fordert über 100 Menschenleben

Eine ernste Viruserkrankung in Malaysia hat über 100 Menschen das Leben gekostet, die Schweinezucht praktisch zum Erliegen gebracht und der Regierung Beschwerden über das Mismanagement der Krise eingebracht. Der Virus wurde anfänglich als Japanische Enzephalitis (JE) und erst gegen Ende letzten Jahres als der neue Virus Nipah identifiziert.

Im Januar 1999 mehrten sich die Infektionen und Todesfälle stetig. Die Regierung ergriff Maßnahmen, als würde es sich um JE handeln, welche von der Culex-Mücke übertragen wird und von Schweinefarmen kommt. Sie ordnete umfangreiche Impfprogramme an, die Desinfizierung von Schweinefarmen und deren Umgebung sowie die Tötung der infizierten Schweinebestände.

Im April wurde klar, daß es sich um eine falsche Diagnose gehandelt hat. Die Isolation des Nipah Virus fand nun

Eingang in die offiziellen Verlautbarungen über die Hauptursache dieser Seuche. Zur Zeit scheint die Seuche unter Kontrolle, obwohl auch andere Tiere, dazu gehören streunende Hunde und Katzen, wie auch Fledermäuse als Träger erkannt wurden.

Etwa 11.000 Schweinebauern haben ihre Höfe verlassen. Viele von ihnen sind bankrott. Die Banken sind nervös. Etwa 350.000 Schweine müssen getötet werden. Die Nachfrage nach Schweinefleisch ist drastisch zurückgegangen, bis zu 75 %.

Entschädigungen der Regierung für die Bauern wurden auf ein Minimum gehalten. Anstatt der geforderten 200 M\$ pro Schein erhielten die Bauern nur 50 M\$. Die Hauptquelle für Entschädigungen war ein Hilfsfond. Er wird von der politischen Partei, der Malaysian Chinese Association (MCA) verwaltet

und von öffentlichen Spenden gespeist, die bisher 24,6 Mio. M\$ aufbringen konnte. 10 Mio. M\$ wurden bereits an 2.000 Familien verteilt, die von der Seuche betroffen sind.

Kritik an dem Umgang mit der Situation durch die Regierung ist weit verbreitet. Einheimische Wissenschaftler behaupten, ihr Angebot zur Mitarbeit wurde nicht angenommen, und frühe Zweifel, daß es sich nicht um JE handele, ignoriert. Ebenso werden ein Mangel an Koordination und verspätete Reaktionen kritisiert. Die Regierung verteidigt sich gegen solche Vorwürfe, verunglimpfte Kritiken von einheimischen Wissenschaftlern und wird wahrscheinlich gegen die schärfsten Kritiker unter ihnen, die im öffentlichen Diensten stehen, angehen.

vgl. *Star* 29.3., 24.5., 29.5.99;  
*FEER* 3.6.99 S. 19

# nachrichten

## Attentatsversuch getürkt?

Von dem stellv. Minister Ibrahim Ali wurde im März eine Anzeige erstattet, es gäbe Attentatspläne auf den Premierminister Mahathir. Eine Tonband soll Einzelheiten beweisen. Die Opposition hat diesen Bericht als offensichtlichen Versuch der Barisan Nasional gewertet, die Öffentlichkeit davon abzuschrecken, die oppositionelle Organisationen zu unterstützen. Bisher wurde gegen niemanden Anklage erhoben.

vgl. *Star* 21.3.99

## Umbildungen des Kabinetts

Nach der Sitzung des Obersten Parteirates von UMNO-Baru am 8. Januar 1999 verkündete Premierminister Mahathir Mohamad, daß der bis dahin im Kabinett als Außenminister tätige Abdullah Ahmad Badawi den seit September mit der Entlassung Anwar Ibrahims freigewordenen Posten des stellvertretenden Premierminister übernehmen wird. Das wird vorübergehend die monatelangen Spekulationen über den Nachfolger Mahathirs beenden. Badawi übernimmt auch das Ressort des Innenministers. Syed Hamit Albar wird Außenminister, Daim Zainudin wieder Finanzminister und Abu Bakar Mustapha Verteidigungsminister.

Badawi wird als ruhige, fähige Person gesehen, der nicht die Ambitionen, das Charisma oder die Basisunterstützung hat wie Anwar. Wenige glauben, daß er für das Amt des Premierministers aufgebaut wird.

Mahathirs Kontrolle der Partei ist durch die Verabschiedung einer Resolution auf der genannten Sitzung, die innerparteiliche Wahlen um 18 Monate verschiebt, vorerst gestärkt. Das bedeutet, daß die Anhänger Anwars sich nicht auf mittlerer Ebene Parteiposten sichern können oder daß mögliche Anwärter auf Mahathirs Thron wie z. B. Najib Tun Razak oder Tenku Razeleigh so schnell keine Gelegenheit bekommen, ihre Stärke zu zeigen. Dieser Machtkampf wird wohl erst nach den nächsten Wahlen stattfinden.

Ende Mai wurde der Landesminister des Bundesstaates Pahang, Khalil Yaakob zum Informationsminister der Bundesregierung und Generalsekretär von UMNO-Baru ernannt. Khalil gilt als Verantwortlicher für den erfolgreichen Wahlkampf im März in Sabah. Er wird eine zentrale Rolle bei dem anstehenden Wahlkampf

für das Bundesparlament spielen.

vgl. *AW* 22.1.99, *FEER* 3.6.99 S. 19

## Params Immunität

Die Regierung Malaysias hat schließlich nach drei Jahren erklärt, es würde das Urteil des Internationalen Gerichtshofes annehmen, daß der besondere Berichtersteller der Vereinten Nationen über die Unabhängigkeit von Rechtsanwälten und Richtern, der malaysische Rechtsanwalt und ehemalige Präsident der malaysischen Anwaltskammer, Param Cumaraswamy, Immunität vor gerichtlicher Verfolgung genieße. Param wurde seinerzeit von der malaysischen Regierung wegen seiner im November 1995 gemachten kritischen Bemerkungen zum malaysischen Rechtssystem verklagt.

vgl. *ALIR* 30.4.99

## Nationale Menschenrechtskommission

Die Regierung hat im März die Bildung einer Nationalen Menschenrechtskommission angekündigt. Einzelheiten über Mandat und Zusammensetzung sind noch nicht bekannt geworden. Oppositionsparteien und Nicht-Regierungsorganisationen haben diese Ankündigung vorsichtig begrüßt. Sie befürchten aber, daß diese Kommission nicht ausreichende Befugnisse erhalten würde und nicht mit unabhängigen Mitgliedern besetzt sein wird, um eine entscheidende Rolle spielen zu können, die über eine bloße Entschuldigung von andauernden Menschenrechtsverletzungen der Regierung hinausgeht.

vgl. *Star* 27.3.1999